



Herrn
Stadtrat Peter Hacker
Geschäftsgruppe Gesundheit, Soziales und Sport
Wiener Rathaus
Lichtenfelsgasse 2/Stg. 8, 1. Stock
1010 Wien

A-1010 Wien
Weihburggasse 10-12
Tel. (01) 51501/1423DW
Fax (01) 5126023/1423 DW
@: mueller-rabl@aekwien.at
www.aekwien.at

Bezugnehmend auf Ihr Interview im Kurier vom 7. August 2019

Wien, am 7. August 2019
VP Dr. WW/ Mag.JMR

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

mit einiger Verwunderung nehmen wir Ihre Aussagen im KURIER vom 7. August 2019 zur Kenntnis. Sie möchten offenbar darüber "nachdenken", in Zukunft Wahlärzte in ihrer Tätigkeit zu beschneiden, oder gleich ganz zu verbieten?!

Abgesehen davon, dass das wohl Ihre legislativen Möglichkeiten etwas übersteigen dürfte, geht es auch völlig am Kern des von uns skizzierten Problems, des Ärztemangels, vorbei. Der existiert nämlich nicht dort, wo sich zusatzversicherte Patienten (in Wien sind das übrigens knapp 440.000, das entspricht in etwa 23% der Wiener Bevölkerung - diese stehen sicherlich nicht alle unter „Bonzenverdacht“) Betreuungsqualität holen, die sich im öffentlichen System nicht immer ausgeht. Der Mangel existiert vielmehr an der Basis, in den Krankenhäusern, den Notaufnahmen, den Spezialambulanzen, den Operationssälen, und natürlich auch in den Ordinationen.

Dies führt zu Frust, Überlastung und Demotivierung bei der Ärzteschaft (und, das Geheimnis verraten wir Ihnen auch gleich: bei den übrigen Berufsgruppen ebenfalls!). Zudem führt es bei unseren Patientinnen und Patienten dazu, nicht mehr jene Versorgungsqualität zu bekommen, die sich die Wienerinnen und Wiener verdient haben. Was diese davon halten, könnten Sie sich jeden Tag in den Krankenhäusern anhören.

Wenn Ihnen die Nebenbeschäftigungen von Spitalsärzten missfallen, dann planen Sie im Verbotsfalle bitte gleich mit ein, wie Sie die zahllosen öffentlichen Veranstaltungen von der Staatsoper bis zur Seniorenmesse, von der Allianz-Arena bis zum Donauinselfest in Zukunft mit Ärztinnen und Ärzten absichern wollen. Planen Sie dann bitte gleich einmal kräftige Verzögerungen bei der Pflegegeldbegutachtung ein (wieder so ein gut betuchtes Klientel!), in der Akutversorgung von Neugeborenen (soll als Nebenbeschäftigung organisiert werden), in der Arbeitsmedizin, im Rettungswesen, in Schulungen und unzähligen anderen Bereichen.

Möglicherweise liegt es im Bereich Ihrer Möglichkeiten, Wahlarztordinationen für KAV-Ärzte einzuschränken oder auch gleich zu verbieten. Wir versprechen Ihnen, uns mit allen gebotenen Mitteln dagegen zu wehren!

Wir versprechen Ihnen aber auch, dass in Zeiten der anstehenden Pensionierungen und fehlenden Nachwuchses der KAV kein besonders attraktiver Arbeitgeber mehr sein wird. Schon jetzt locken die Ordens- und Privatspitäler mit besseren Verdienstmöglichkeiten. Ein Nebenbeschäftigungsverbot im KAV wird dazu führen, dass diese Rufe nicht ungehört bleiben.

Sie verspielen gerade einen der Trümpfe des KAV, nämlich die sehr gut ausgebildeten, hoch motivierten und leistungsbereiten Ärztinnen und Ärzte. Nebenbei leisten die Kolleginnen und Kollegen in den Wahlarztordinationen mittlerweile einen messbaren Anteil der Gesundheitsversorgung in Wien; die Krankenkassen haben offenbar nicht die nötigen Mittel oder sind nicht gewillt, diese einzusetzen.

Sie können sich dann dessen rühmen, ein populistisches Scharmützel gewonnen zu haben, begehen jedoch dabei einen schweren strategischen Fehler.

Wir fordern Sie auf, stattdessen über die drängenden Probleme in den Häusern "nachzudenken": Personalmangel, Infrastruktur, Ausbildung und vieles mehr.

An DIESEM Nachdenkprozess beteiligen wir uns wieder sehr gerne. Das politische Forderungspapier der Kurie angestellte Ärzte der Ärztekammer für Wien haben wir Ihnen bereits persönlich übermittelt, eine Stellungnahme Ihrerseits ist hier noch offen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Wolfgang Weismüller
Obmann der Kurie angestellte Ärzte
Vizepräsident der Ärztekammer für Wien

ao. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres
Präsident